

GeBeutheltes

Hessen



Acht Jahre Innenminister Peter Beuth:
Alle Skandale!

DIE LINKE.
FRAKTION IM HESSISCHEN LANDTAG

Spätestens seit den rassistischen und antikommunistischen Wahlkämpfen von Roland Koch sowie dessen völkischen Positionen¹ war klar, wie die CDU Hessen inhaltlich tickt. Sie sah sich selbst als „Stahlhelm-Flügel“ innerhalb der Unionsparteien. Seit 1999 besetzt die CDU kontinuierlich das hessische Innenministerium – auf Volker Bouffier folgte Boris Rhein und seit 2014 hat Peter Beuth den Posten des Innenministers inne. Wie *gebeuthelt* Hessen nach langem CDU-Regieren ist, wollen wir Ihnen auf dieser Seite zeigen. Die Vorkommnisse in der Innenpolitik auch unter einer schwarzgrünen Regierung machen mehr als deutlich, wie sich rechts-konservative Politik in den Behörden und im gesellschaftlichen Klima niederschlägt.

Nannten die Hessischen Grünen Volker Bouffier 2013 noch einen Rechtspopulisten, so wählten Sie ihn 2014 zu ihrem Ministerpräsidenten und verteidigten ihn trotz aller Verwicklungen im NSU-Skandal. Die Nicht-Aufklärung des NSU-Komplex erweist sich bis heute als schwere Hypothek: Da wären die sich häufenden, rassistischen und extrem rechten Vorfälle bei der Polizei. Neben dem Auffliegen diverser rechter Chatgruppen deuten die Vorgänge um den sogenannten NSU 2.0 und die Datenweitergabe an die extrem rechte Kameradschaft „Aryans“ auch auf konkrete Kontakte Hessischer (Polizei-)Beamten:innen in rechtsterroristische Kreise hin. Berichte von Racial Profiling sowie Polizeigewalt gegen migrantisch wahrgenommene Personen und Antifaschist:innen zeigen, dass sich polizeiliches Verhalten häufig an „Feindbildern“ orientiert, die auch in den Behördenstrukturen geschürt werden.² Externe wissenschaftliche Studien zu rassistischen Einstellungen und strukturellem Rassismus in der Polizei werden gleichwohl nicht ermöglicht. All das sind Vorgänge, die symbolisch für schwarzgrüne Innenpolitik stehen: Es reihen sich Skandale aneinander, aber es resultieren keine Veränderungen und Peter Beuth verweigert jegliche Übernahme von Verantwortung.

Ähnliches geschieht im Bereich der Frauenrechte. Nachdem 2016 Selbstbestimmungsgegner:innen begannen, die Arbeit von Schwangerschaftsberatungsstellen zu behindern, brauchte Peter Beuth über zwei Jahre, um diese Einrichtungen zu schützen.

Nicht zuletzt fällt das Innenministerium unter Beuth mit inhumanen Abschiebungen und immer mehr Geldern für den Abschiebeknast in Darmstadt auf. Betroffen davon sind insbesondere Menschen, deren Lebensmittelpunkt und Familien sich zum Teil seit Jahrzehnten in Deutschland befinden.³ So schürt das Innenministerium unter Beuth Unsicherheit und Ängste in migrantischen Communities und zerstört den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

In gesellschaftlichen Klima, das von den CDU-Innenministern mitgeschaffen wurde, kam es zu Dutzenden Gewaltverbrechen und Tötungsdelikten durch Neonazis. Anfang der 2000er Autobomben gegen Antifaschist:innen in Frankfurt; 2001 und 2003 Schüsse auf linke Personen und 2006 der Mord an Halit Yozgat in Kassel; 2019 die Schüsse in Wächtersbach und Taunusstein auf Geflüchtete; der Mord an Dr. Walter Lübcke 2019; die Brandstiftungen gegen linke Projekte im Rhein-Main-Gebiet; der Terroranschlag von Hanau 2020 und unzählige Angriffe gegen Politiker:innen, People of Color sowie zivilgesellschaftlich Engagierte.

Diese Aufzählung könnten wir noch lange fortsetzen. Für uns ist schon lange klar: Peter Beuth ist objektiv die größte Fehlbesetzung im Kabinett von Ministerpräsident Bouffier. Jeder einzelne Skandal hätte längst den Rücktritt zur Folge haben müssen – nach rund sieben Jahren des Versagens ist es an der Zeit, dass Beuth endlich die Verantwortung übernimmt und zurücktritt!

2014-2018 „Nicht-Aufklärung des NSU-Komplexes“

- Beschreibung: Im NSU-Untersuchungsausschuss wurde die Aufklärung immer wieder vom Innenministerium torpediert, nicht zuletzt, weil das Ministerium und der langjährige Innenminister Volker Bouffier selbst darin verstrickt waren. Neben unvollständigen Aktenlieferungen, großflächigen Schwärzungen, verschwundenen Akten und Erinnerungslücken bei Angestellten der Sicherheitsbehörden zeigte sich Innenminister Peter Beuth in Höchstform, als wichtige Dokumente des Verfassungsschutzes für 120 Jahre gesperrt und so die Aufklärung verunmöglicht wurde. In dem Bericht ging es unter anderem um gravierende Versäumnisse im Kampf gegen rechte Gewalt und Terror, den sich der sogenannte Verfassungsschutz in einer internen Untersuchung selbst attestiert hatte.
- Konsequenzen: Nach teilweiser Veröffentlichung des sogenannten 120-Jahre-Geheimberichts durch DIE LINKE und bundesweit anhaltender Kritik wurde die Geheimhaltungsfrist einiger Dokumente auf 30 Jahre begrenzt. Personelle Konsequenzen aus dem NSU-Komplex erfolgten in Hessen nicht. Entgegen aller Versprechen bleiben die Behörden auf dem rechten Auge blind (siehe Mord an Walter Lübcke, Umgang mit rechter Gewalt und Drohungen...). Insbesondere die Hintergründe zum Mord an Dr. Lübcke zeigen, dass Akten aus dem NSU-Umfeld auch gegenüber dem NSU-Ausschuss zurückgehalten und offensichtliche Bedrohungen weiterhin schlicht nicht ernst genommen wurden. Auch der Lübcke-Untersuchungsausschuss erhält Akten stark geschwärzt und die Regierungsfractionen beschränken und verzögern die Ausschussarbeit, wann immer möglich.⁴

Ab 2015 „Massenhaft rechte Hetze und Drohungen, aber keine Strafverfolgung“

- Beschreibung: Seit 2015 werden massenhaft Mord-, Gewalt- und Bombendrohungen an Lokalpolitiker:innen, Ehrenamtliche und staatliche Institutionen verschickt. Auch die Online-Hetze hat dramatisch zugenommen: Überregional bekannte Fälle waren Landrat Pipa aus dem Main-Kinzig-Kreis und der 2019 ermordete Regierungspräsident Dr. Walter Lübcke. Der Hessische Städte- und Gemeindebund fordert verstärkte Aufklärung. Eine (erfolgreiche) Strafverfolgung fand in Hessen bis 2019 nahezu überhaupt nicht statt.⁵
- Konsequenzen: Erst nach dem Mord an Dr. Lübcke durch einen Neonazi schien es auch Peter Beuth opportun, dem zunehmenden Hass im Netz und in der Gesellschaft zu begegnen. Ob „Hessen gegen Hetze“ – ein Meldeportal für Hate-Speech – diesem Anspruch gerecht werden kann, ist mehr als fraglich. Die Aufklärung von Drohschreiben jedenfalls stagniert bzw. ist maximal erfolglos.⁶

2016/2019 „Polizist gibt Daten an rechtsextreme Kameradschaft“

- Beschreibung: Im Rahmen der Ermittlungen zu rechten Umtrieben in der Hessischen Polizei im Jahr 2019 kommt ein weiterer Fall ans Licht. Ein Polizist aus Dieburg gab 2016 zwei Mal vertrauliche Informationen aus dem polizeilichen Datenbestand an eine „ehemalige Schulfreundin“ weiter. Besonders pikant an der illegalen Informationsweitergabe: Bei der Schulfreundin handelt es sich um eine langjährige aktive Neonazistin und die Partnerin von Carsten M., einem militanten und gewalttätigen Neonazi, der Mitglied der bundesweit agierenden Kameradschaft „Aryans“ ist. Gegen die Kameradschaft leitete der Generalbundesanwalt ein Terrorverfahren ein, von dessen

Ausgang aber bis heute nichts bekannt wurde. Die durch den Polizisten abgefragten Daten betrafen in einem Fall das Strafregister eben jenes Carsten M.⁷

- Konsequenzen: Der datenverbreitende Polizist wurde zu einer Geldstrafe verurteilt, ist aber weiterhin in Niedersachsen im Dienst. Im Anschluss an den Prozess wurde lediglich ein Disziplinarverfahren eingeleitet.⁸

2016/2019 „Hakenkreuz-Plätzchen im Polizei-Chat“

- Beschreibung: Nicht nur in Frankfurt, auch in Mühlheim werden rechtsextreme Bilder in Chats geteilt und das bereits im Dezember 2016. Im Fokus steht nach Bekanntwerden im Jahre 2019 ein Dienstgruppenleiter, gegen den auch kurzzeitig wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen ermittelt. Er teilte unter anderem ein Bild, das verbrannte Plätzchen in Hakenkreuz-Form zeigte und mit dem Kommentar „Oma hat Plätzchen gebacken. Sind nur etwas braun geworden“ versehen war. Ein großer Teil der Bilder kann nicht strafrechtlich verfolgt werden. Der Fall weitet sich bald aus. Auch sechs Polizeianwärter:innen in Mühlheim geraten – unabhängig hiervon – unter Verdacht, rassistische und antisemitische Bilder in Chats verschickt zu haben.⁹
- Konsequenzen: Nachdem die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen den Dienstgruppenleiter eingestellt sind, werden disziplinarrechtliche Maßnahmen erwogen. Den Polizeianwärter:innen wurde mitgeteilt, dass sie nicht in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen werden. Inwiefern das umgesetzt wurde oder sich einzelne zurück in den Dienst klagten, ist unklar.¹⁰

2016-2019 „Beratungsstellen für Schwangere ohne Schutz“

- Beschreibung: Ungewollt Schwangere haben in Deutschland aufgrund des § 218a StGB viele Hürden zu überwinden, ehe ein straffreier Schwangerschaftsabbruch durchgeführt werden kann. Umso schlimmer ist es, wenn christlich-fundamentalistische Gruppen den Weg zu einem gesetzlich vorgegebenen Beratungsgespräch zu einem Spießbrutenlauf machen.
So belagerten ab Oktober 2016 über mehrere Jahre solche Selbstbestimmungsgegner:innen die Beratungsstelle von Pro Familia Hessen in Frankfurt und behinderten durch laute Gebete, Gesänge und verfälschende Informationen die gesetzlich vorgegebene ergebnisoffene Beratung der Schwangeren. Massive Proteste der Zivilgesellschaft stellten sich ab 2017 diesen Gebetsmahnwachen entgegen und verlangten eine klare Weisung des Innenministeriums, um die bewusste Störung der Beratung zu verhindern.¹¹
- Konsequenzen: Über zwei Jahre lang sah das Innenministerium jedoch weder eine eigene Zuständigkeit noch einen Handlungsbedarf. Erst nach massiven Protesten aus der Zivilgesellschaft und unterstützt von einem Gesetzentwurf der hessischen Linksfraktion (Drucksache 20/384) wurde der Druck so hoch, dass das Innenministerium im zweiten Anlauf im August 2019 mittels eines Erlasses verfügte, dass Proteste in der unmittelbaren Nähe von Beratungsstellen nicht zulässig seien.¹²

2018 „Landtagswahlgesetz vergeigt, Stimmgewicht bleibt stark verzerrt“

- Beschreibung: Ungleich große Wahlbezirke bewirken eine Verzerrung des Stimmengewichts. Daraus ergab sich die dringende Notwendigkeit, die Wahlkreise neu zuzuschneiden. Die Vorlage des Innenministeriums hierzu kam jedoch viel zu kurz vor den Wahlen 2018 und wurde in einem Hau-Ruck-Verfahren umgesetzt. Und das, obwohl gegen den Willen der Gemeinden mit veralteten Daten gearbeitet wurde. In der Anhörung hatten nahezu alle Sachverständigen, Gemeinden und Gebietskörperschaften der Reform Verfassungswidrigkeit bescheinigt - unter anderem aufgrund des Eindrucks, der gewählte Neuzuschnitt habe politische Gründe.
- Konsequenzen: Ein mangelhaftes Landtagswahlgesetz wurde trotz vernichtender Kritik verfassungswidrig verschlimmbessert. Die Anpassung der Wahlkreise behielt das Ungleichgewicht der Stimmen bei und übervorteilt so die CDU.¹³

Ab 2018 „NSU 2.0 – Ermittlungen in den eigenen Reihen“

- Beschreibung: Seit 2018 wurden mit dem Absender „NSU 2.0“ über 130 Drohschreiben verschickt. In mindestens drei Fällen werden in den Schreiben private Informationen verwendet, die vorher von Polizeicomputern in Frankfurt, Wiesbaden und Berlin abgefragt wurden. Brisant zudem, dass Innenminister Beuth hierüber zunächst überhaupt nicht informierte und seither immer nur dann, wenn Informationen an die Öffentlichkeit durchsickern. Bedroht wurden in Fällen, bei denen offenbar Daten aus Polizeicomputern verwendet wurden, die Personen Seda Başay-Yıldız, Idil Baydar, Janine Wissler und Hengameh Yaghoobifarah. Im Fall von Seda Başay-Yıldız wurden außerdem Daten verwendet, die in keiner Weise öffentlich und sogar über Polizeicomputer nicht direkt zugänglich waren.

Die Ermittlungen verlaufen holprig. Während bei den Ermittlungen gegen Beamt:innen der Polizeiwache 1 in Frankfurt eine neonazistische Chat-Gruppe und im Ermittlungsverlauf klare neonazistische Bezüge bei Hausdurchsuchungen gefunden werden konnten, wurden die bei der Abfrage in Wiesbaden anwesenden Beamt:innen nicht einmal als Beschuldigte geführt. Selbst die Vernehmungen als Zeugen ließen mehrere Monate auf sich warten – die Polizei sei zwar trotz Corona im Dienst, eine Vernehmung allerdings nicht machbar gewesen.¹⁴

In Berlin wurde Anfang Mai 2021 Alexander M., ein vorbestrafter Rechter, als dringend tatverdächtig festgenommen. Von Behördenseite wird er als „Einzeltäter“ eingestuft; anonyme Hinweise, Erfahrungswissen sowie die Autorschaft beim extrem rechten PI-News-Blog deuten aber vielmehr auf ein (digitales) Netzwerk bzw. eine Unterstützer:innenszene hin.¹⁵ Weitere mit „NSU 2.0“ unterzeichnete Drohschreiben gingen bei Martina Renner und Nancy Faser Mitte Mai 2021 ein.

- Konsequenzen: Die Konsequenzen sind schwer zu überblicken, zumindest gibt es zweieinhalb Jahre nach Beginn der „NSU-2.0“-Affäre eine Festnahme. Es bleiben dennoch Misserfolge und kritische Fragen. Eine Handvoll Durchsuchungen bei Polizist:innen fand statt, die in der rassistischen Chatgruppe aktiv waren sowie anschließende Suspendierungen. Im gesamten Komplex „NSU 2.0“ wurde mindestens ein Polizist entlassen, ein weiterer auf eigenen Wunsch und es wurden circa. 15 Polizist:innen (vorübergehend) suspendiert. Nach der Festnahme erfreute sich Beuth, es sei nie ein hessischer Polizist für die Drohbrieferie verantwortlich gewesen – mögliche

Unterstützungsnetzwerke blendete er aus. Postalisch versandte Briefe mit Poststempeln aus unterschiedlichen Städten, die große Ähnlichkeiten zu den „NSU 2.0“-Drohbriefen aufweisen, werden von den Ermittelnden nicht dem „NSU 2.0“ zugerechnet.¹⁶

In Konsequenz auf die anhaltenden Bedrohungen und auf Empfehlung des LKA rüstete Seda Başay-Yıldız ihre Wohnung sicherheitstechnisch auf. Das Innenministerium unter Beuth weigert sich aber brüsk, die Kosten hierfür zu übernehmen.¹⁷

Seit 2018 „Neonazistische Polizeichats in Frankfurts erstem Revier“

- Beschreibung: Im Rahmen der Ermittlungen des Staatsschutzes wegen der illegalen Datenabfrage beim 1. Polizeirevier in Frankfurt wurden auch die Mobiltelefone der beschuldigten Beamt:innen konfisziert und ausgewertet. Dabei fiel auf, dass die Kolleg:innen einen gemeinsamen WhatsApp-Chat hatten, in dem sie rechtsradikale Inhalte wie NS-verherrlichende Bilder oder rassistische Sprüche teilten. Eine anschließende Hausdurchsuchung in Kirtorf bei einem der Polizisten, der sich auch zur AfD bekennt, förderte zahlreiche NS-Devotionalien und illegale Waffen zutage.¹⁸
- Konsequenzen: Ein Verfahren gegen ihn und seinen Bruder, der ebenfalls Polizist ist, wurde eingeleitet. Der Prozess soll im April 2021 stattfinden. Insgesamt laufen Ermittlungen gegen vier Beamte aus dem Raum Kirtorf wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Volksverhetzung. Weitere Polizeikräfte, die in der Chat-Gruppe aktiv waren, sind angeklagt.¹⁹

Ende 2018 „Polizei plündert Asservaten-Kammer – bestraft wird Polizist, der es gemeldet hat“

- Beschreibung: Zwei Dienststellenleiter der Polizeiwache in Bischofsheim hatten Ende 2018 in einer „Weihnachtsaktion“ die Asservatenkammer zur Selbstbedienung für die Polizeibeamt:innen der Wache freigegeben. Asservate im Wert von 8000-10000€ wurden einfach mitgenommen. Ein kritischer Polizeibeamter, Andreas Gand, der sich bereits zuvor über die Gepflogenheiten in der Wache intern beschwerte und auch die Plünderung der Asservate meldete, wurde mit einer Mobbingkampagne strafversetzt.²⁰
- Konsequenzen: Die Staatsanwaltschaft Darmstadt ermittelte wegen „Unterschlagung und Verwahrungsbruch“, intern wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. 23 Beamte wurden zwangsversetzt, zwei suspendiert. Die Leitung der Polizeiwache Bischofsheim wurde ausgetauscht.²¹

2018/2019 „AfD-naher Feuerteufel beim Zündeln begleitet“

- Beschreibung: In den Jahren 2018 und 2019 kam es zu diversen Brandstiftungen im Rhein-Main-Gebiet, davon zwölf auf linke Projekte. Die Anschlagsserie wird von den Behörden dennoch als unpolitisch eingestuft. Der Brandstifter, Joachim S., der mindestens zwei Mal an die AfD spendete, wurde drei Mal auf frischer Tat ertappt. Er wurde aber jeweils am Tag darauf wieder frei gelassen. Die Polizei hielt auch eine Spurensicherung nicht an allen Tatorten für notwendig. Erst nachdem der Täter Anfang 2019 öffentlich als Brandstifter benannt wurde, fing die Polizei an, ihn zu observieren. Von September bis zu seiner Festnahme im Dezember 2019 legte Joachim S. allerdings noch zahlreiche weitere Brände und das, obwohl er polizeilich überwacht wurde.²²

- Konsequenzen: Im Januar wurde Joachim S. zu sieben Jahren und sechs Monaten verurteilt. Betroffene zeigen sich allerdings unzufrieden mit dem Prozess, da diverse Fragen wie bspw. das Motiv offen blieben und die Taten entpolitisiert wurden. Über die Gesinnung des Täters wurde nicht gesprochen.²³ Die Antwort auf die Frage, warum Joachim S. während einer laufenden Observation bei Brandlegungen durch die Polizei beobachtet, statt gestoppt wurde, ist durch das Innenministerium seit Monaten offen.

2019 „Reichsbürger-Beflagung an Polizei-Station in Schlüchtern“

- Beschreibung: Am Holocaust-Gedenktag hissten Polizeibeamte die Hessen- und Deutschlandflagge vor ihrer Wache falschherum. Damit bedienten sie eine Symbolik der Reichsbürger, so wie sie auf Demonstrationen von PEGIDA und den „Querdenkern“ üblich ist.²⁴
- Konsequenzen: Die Staatsanwaltschaft stellte die Ermittlungen schon früh wegen fehlendem Straftatbestand ein. Gegen die vier Polizisten wurden Disziplinarverfahren eingeleitet, allerdings nur in einem Fall Disziplinarmaßnahmen verhängt. Die anderen drei Verfahren wurden eingestellt. Eine politische Motivation habe nicht festgestellt werden können.²⁵

2019 „Beuth gegen Banner der SGE-Ultras“

- Beschreibung: Das Verhältnis von Innenminister Beuth zu Hessens größtem Sportverein, der Eintracht Frankfurt, gilt seit langem als gestört. Insbesondere Äußerungen des Eintracht-Präsidenten Fischer, der sich mehrfach entschieden gegen die AfD stellte, sowie Streit um Pyrotechnik scheinen Peter Beuth sehr zu missfallen. Vor einem Europapokalspiel sagte Eintracht-Präsident Fischer, das Stadion müsse brennen. Die Polizei nahm die Aussage wörtlich und durchsuchte Räumlichkeiten der Fans sowie die Fans im Stadion selbst nach Pyrotechnik – ohne jeden Erfolg. Auf die etwas vulgäre Kritik, die Fans beim anschließenden Europapokalspiel auf einem Banner ausdrückten – „Beuth, der Ficker fickt zurück“ – reagierte die Polizei mit einem unverhältnismäßigen Zugriff in der Kurve, angeblich um das Banner zu entfernen. Der Einsatz führte zu erheblichen und in zwei Fällen schweren Verletzungen auf Seiten der Fans.²⁶
- Konsequenzen: Beuth verteidigte den Einsatz als „angemessen“. Ein Fan, der ohne erkennbaren Grund durch die Polizei über die Bande gestoßen worden war und dabei einen Lendenwirbelbruch erlitt, erstattete Anzeige wegen Körperverletzung – und erhielt daraufhin eine Gegenanzeige der Polizei wegen Widerstands. Die Eintracht veröffentlichte ein Statement "Innenminister Beuth: wenn Inkompetenz zur Gefahr wird" und eine Online-Petition, die Beuths Rücktritt fordert, unterschrieben knapp 7000 Menschen. Inzwischen wurde dem verletzten Fan in einem Zivilprozess in erster Instanz 7000€ Schmerzensgeld zugesprochen. Der Strafprozess erklärte die Strafbarkeit des polizeilichen Verhaltens, das Verfahren wurde jedoch gegen eine hohe Geldzahlung vorläufig eingestellt.²⁷

2019 „Versagen beim Schutz von Dr. Walter Lübcke“

- Beschreibung: Nachdem Dr. Lübcke über Jahre durch rassistische und neonazistische Bedrohungen im Fokus von AfD und Rechtsradikalen stand, wurde er am 1.6.2019 von einem jahrzehntelang bekannten und aktiven Neonazi erschossen. Der verurteilte Täter

Stephan Ernst sowie Markus H., der die Hetzkampagne gegen Lübcke startete, waren zuvor aus unerfindlichen Gründen vom Verfassungsschutz als „abgekühlt“ eingestuft und die Akten intern gelöscht worden. Die Wirkung rechter Hetze und Gefahr durch militante Neonazis wurde und wird von den Sicherheitsbehörden, die Peter Beuth unterstehen, immer wieder massiv unterschätzt und verkannt.²⁸

- Konsequenzen: Konsequenz war das Meldeportal „Hessen gegen Hetze“ sowie eine Sondereinheit des LKA „Hessen R“ zu lange offengebliebenen Ermittlungen in der rechten Szene wie bspw. nicht vollstreckten Haftbefehlen. Laut einer internen und bis heute geheimen Untersuchung wurden nicht nur die Akten von Stephan Ernst und Markus H., sondern von Dutzenden aktiver Neonazis aus Nordhessen zu Unrecht intern gelöscht – trotz des vorangegangenen NSU-Skandals und Untersuchungsausschusses. DIE LINKE, SPD und FDP forderten einen Untersuchungsausschuss ein, um das erneute Behördenversagen unter Peter Beuth systematisch zu untersuchen.²⁹

2020 „Tritte durch Polizist in Alt-Sachsenhausen“

- Beschreibung: Handyaufnahmen des Vorfalls in Alt-Sachsenhausen machten eine Szene von Polizeigewalt öffentlich. Polizisten treten einem am Boden liegenden Mann gegen den Kopf, rammen ihm das Knie in den Rücken und treten noch einmal nach, als der Festgenommene bereits im Streifenwagen sitzt. Die eingesetzten Beamten:innen waren zwar mit Bodycams ausgestattet – der Akku allerdings just zu diesem Zeitpunkt angeblich leer.
- Konsequenzen: Die Staatsanwaltschaft leitete Ermittlungen gegen drei Polizeibeamte ein. Sie wurden vom Dienst suspendiert und es wurden Disziplinarverfahren eingeleitet. Anwohner:innen, die das Video gefilmt haben könnten, wurde von der Polizei nachgestellt und mit Hausdurchsuchungen gedroht.³⁰

2020 „Rassistischer Anschlag in Hanau und das Mauern der Behörden“

- Beschreibung: Am 19.2.2020 erschoss ein neonazistischer Täter aus rassistischen Motiven neun Hanauer:innen und aus ungeklärten Gründen seine Mutter. Zum Anschlag in Hanau könnten Seiten mit Ungereimtheiten in der Behördenarbeit und Versäumnissen des Innenministers Beuth gefüllt werden: Da wäre die Waffenerlaubnis des Täters, die er trotz psychischer Krankheit, Wahnvorstellungen und rassistischem und gewalttätigem Auftreten nicht abgeben musste. Auch die von ihm erstellte Website, die sein rassistisches Weltbild und seine faschistischen Fantasien kundtat, wurde nicht bemerkt. Während der Tat war die Notrufnummer 110 nicht ausreichend besetzt, spätere Opfer konnten die Polizei deshalb nicht erreichen und vor dem Täter warnen. Bis heute, über ein Jahr nach der Tat, scheint der Notruf in Hanau nicht richtig zu funktionieren. Dies musste Beuth nach langem Hinhalten einräumen. Die Notrufe, welche ins Leere gingen, hätten am zweiten Tatort womöglich Leben retten können – zumindest das des Anrufers. Angehörige wurden vor Ort von der überforderten Polizei nicht richtig informiert, die Einwilligung in Obduktionen der Opfer mit offenbar fadenscheinigen Begründungen umgangen. Bis heute kämpfen die Angehörigen um Entschädigung und Unterstützung durch das Land Hessen – doch Peter Beuth hat sich mit den Angehörigen nicht einmal getroffen. Auch gegen den Vater des Täters mussten erst Betroffene aktiv werden. Dieser fordert die Waffen seines Sohnes zurück, beleidigt und verunglimpft die Opfer und ihre

Angehörigen und ist weiterhin mit rassistischen Aktionen auffällig. Ermittlungen wegen einer möglichen Mitwisserschaft oder Beihilfe wurden spät und nur aufgrund des Drucks durch die Familien aufgenommen. Doch auch der Polizeieinsatz im Haus des Täters verlief merkwürdig, da die Polizei stundenlang nicht eingriff, während im Haus Schüsse fielen.³¹

- Konsequenzen: Die Überlebenden, Angehörigen der Opfer, Betroffenen sowie Unterstützer:innen kämpfen mit der Initiative 19. Februar für Aufklärung und gegen das Vergessen der Ermordeten. Serpil Temiz Unvar hat im Namen ihres ermordeten Sohnes die Bildungsinitiative Ferhat Unvar gegründet, um Rassismus mit Bildung zu begegnen und eine Anlaufstelle für von Rassismus Betroffene zu schaffen. Die Generalbundesanwaltschaft arbeitet an einem Ermittlungsbericht, der allerdings auch über ein Jahr nach dem Anschlag noch nicht vorliegt. Angehörige haben nach langer Untätigkeit der Behörden eine Anzeige gegen den Vater des Attentäters gestellt sowie vor Kurzem Amtshaftung wegen amtpflichtwidriger Versäumnisse bei der Polizei Hanau geltend gemacht.

Aufgrund der fehlenden Aufarbeitung durch das von Peter Beuth geführte Innenministerium und den unterstellten Behörden wird ein Untersuchungsausschuss im Landtag immer wahrscheinlicher. Unterstützung für Betroffene kommt teils nur schleichend an, zum Teil bleibt sie ganz aus. Angehörige wohnen in Sichtweite des Vaters des Attentäters, die Kinder von Mercedes Kierpac müssen täglich den Anschlagort in Kesselstadt passieren. Die Unterstützung Betroffener durch finanzielle Absicherung sowie alternativem Wohnraum bleibt eine dringende Forderung.³²

2020-2021 „Sicherheit vor Schnelligkeit im Dannenröder Wald“

- Beschreibung: Im Rahmen der Proteste gegen den Weiterbau der A49 und Rodungen im Dannenröder Wald kam es wiederholt zu Polizeigewalt und unverhältnismäßigen Einsätzen. So wurde ein Wasserwerfer bei Minusgraden gegen Schneeballwerfende eingesetzt; Konstruktionen zum Einsturz gebracht und dabei das Leben der Aktivist:innen gefährdet; ein Aktivist von einem Kran getreten; Baumhäuser nachts angeleuchtet und umzingelt sowie immer wieder legitimer, angemeldeter Protest mit Gewalt zurückgedrängt.³³ Der Polizeieinsatz im Dannenröder Wald ist mit rund 30 Millionen Euro der teuerste Einsatz in der Geschichte Hessens. Im Juni 2021 wurde öffentlich, dass die Aktivist:innen einen Teil der Einsatzkosten bezahlen sollen. In mehreren Fällen sind den Aktivist:innen Kostenbescheide zugegangen.³⁴
- Konsequenzen: In einigen Fällen hat die Staatsanwaltschaft Ermittlungen gegen Polizeikräfte eingeleitet. Im Vergleich zur Anzahl an Verfahren, die sie gegen Aktivist:innen führt, wird deutlich, dass hier wie üblich nur die geringe Zahl medienpräsenster Fälle verfolgt wird.³⁵

2020/2021 „Waffendiebstahl und paramilitärische Urlaubsgestaltung von Frankfurter Polizist“

- Beschreibung: Einen weiteren Skandal im Frankfurter Polizeipräsidium löste Thomas S. aus. Dieser arbeitete ohne die Erlaubnis seines Dienstherrn für die paramilitärische und dubiose Sicherheitsfirma „Asgaard“, auch im Irak. Das Unternehmen hat eine fragwürdige Geschichte von Einsätzen im Ausland. Gleichzeitig bestehen auch Bezüge ins Neonazi-Milieu. Die Kaserne im Irak war beispielsweise mit NS-Devotionalien dekoriert. Der Geschäftsführer von „Asgaard“ soll von einem kommenden Umsturz und der Tötung

der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Martina Renner fantasiert haben. Doch damit nicht genug werden Thomas S. illegale Datenabfragen an Polizeicomputern vorgeworfen. Ein Zusammenhang mit NSU 2.0 oder zum rechtsradikalen Milieu wurde trotzdem von vornherein durch das Innenministerium ausgeschlossen. Über die Gründe dieser Einschätzung wird weiterhin nicht informiert.

Im März 2021 weitet sich der Skandal aus. Es wird bekannt, dass der Polizist über 100 Waffen und Waffenteile sowie Munition aus der Asservatenkammer des Polizeipräsidium Frankfurts entwendet haben könnte. Seine Beute soll er verkauft haben – an wen, ist allerdings ebenfalls bis heute nicht bekannt. Pikant: Aus der gleichen Asservatenkammer soll auch Munition stammen, die beim Nordkreuz-Gründer Marco G. gefunden wurde.³⁶

- Konsequenzen: Es laufen Ermittlungen der Staatsanwaltschaft gegen Thomas S. Sollten sich die Beschuldigungen bestätigen, dürfte er aus dem Dienst entfernt werden. Wie und warum es wiederholt in Hessen zu Problemen in Asservatenkammern kommen konnte und an wen wie viele Waffen und Munition gehandelt wurde, ist ebenso offen, wie mögliche Bezüge in die militante und rechtsradikale Szene. Eine Arbeitsgruppe der Polizei soll die Vorgänge um Missstände im Umgang mit Asservaten nun untersuchen und Lösungsvorschläge erarbeiten.³⁷

2020/2021 „Wiederholungstat: Rassistische KOMPASS-Befragung“

- Beschreibung: Bei einer Online-Befragung im Rahmen des vom Innenministerium initiierten Kommunalprogrammes Sicherheitssiegel (KOMPASS) wurden Bürgerinnen und Bürgern in Flörsheim 2020 als Antwortmöglichkeit für dringende Sicherheitsprobleme, u.a. „Ausländer“ vorgeschlagen. Nach Protesten wurde versichert, es sei ein Versehen und würde sich nicht wiederholen.

Dies war offensichtlich eine falsche Aussage, denn auch bei der KOMPASS-Befragung in Hofheim wurden kurz danach stigmatisierende Antwortmöglichkeiten wie „Migranten“ und „Shisha-Bars“ vorgesehen – ein Jahr nach dem rechtsterroristischen Anschlag von Hanau.³⁸

- Konsequenzen: Keine.

2020/2021 „Hofierung von ‚Querdenker:innen‘“

- Beschreibung: In Frankfurt kam es im November 2020 im Rahmen einer verbotenen Demonstration von „Querdenken“ zu absurden Szenen. Während die Polizei anfangs noch Maskenverweigernde kontrolliert und des Platzes verwiesen hatte, geriet die Lage im Tagesverlauf zunehmend außer Kontrolle. „Querdenker:innen“ versammelten sich immer wieder in der Innenstadt. Am vehementesten stellte sich dem der antifaschistische Gegenprotest in den Weg. Die Polizei schien die Orientierung zu verlieren und bediente sich ihrem liebsten Feindbild, was einen Angriff auf die Antifaschist:innen mit Wasserwerfern, Schlagstöcken, Pfefferspray und Polizeikessel zur Folge hatte. Auch Journalist:innen waren von Polizeigewalt betroffen.

Im März 2021 mobilisierte „Querdenken“ nach Wiesbaden. Auch hier waren massenhafte Verstöße gegen die Hygieneverordnung sowie Auflagen der Veranstaltung zu verzeichnen. Die Polizei schritt nicht ein, selbst dann nicht, als von der Bühne aktiv zur Verweigerung des Mund-Nase-Schutzes und den Abstandsregelungen aufgerufen wurde.

Ebenfalls im März 2021 sollte eine Demonstration von „Querdenken“ in Kassel stattfinden. Die bundesweit mobilisierende Großdemonstration wurde allerdings vom VGH Kassel verboten und stattdessen zwei kleine Kundgebungen mit insgesamt 6000 Teilnehmenden am Stadtrand zugelassen. Dass die „Querdenker:innen“ sich an diese Auflagen nicht halten würden und kontinuierlich zur verbotenen Demonstration, getarnt als Stadtbummel, mobilisiert wurde, fiel den Behörden angeblich nicht auf. Justiz und Sicherheitsbehörden schieben sich aktuell gegenseitig die Schuld in die Schuhe: Die Justiz sei nicht über die Renitenz von „Querdenken“ informiert gewesen – die Polizei habe eine so große Anzahl an Teilnehmenden nicht absehen können. In der Praxis bedeutete das eine überforderte Polizei, die unfähig war, die Situation unter Kontrolle zu bringen und Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Die verbotene Demo lief über Stunden ohne Eingreifen der Polizei, im Gegenteil wurden zivilen Gegenproteste mit massiver Polizeigewalt begegnet, eine Polizistin ließ sich öffentlichkeitswirksam mit Querdenkern und Herzchengruß ablichten und nicht einmal die Lautsprecherwagen der verbotenen Demonstration wurden angehalten. Es kam zu mehrfachen Angriffen auf Journalist:innen, sowie auf Einwohner:innen, die Masken trugen. Eine durch Torsten Felstehausen (MdL, DIE LINKE) angemeldete Gegenkundgebung wurde massiv durch „Querdenker:innen“ angegriffen und erst nach wiederholter Aufforderung von der Polizei geschützt. Es lässt sich ein Totalversagen der Polizeitaktik resümieren: zu wenige Einsatzkräfte, die zu spät oder gar nicht eingriffen auf Grundlage einer grandiosen Fehleinschätzung des sogenannten „bürgerlichen Klientels“, das dann aber doch zu gewalttätig für eine Auflösung der Ansammlung war. Absurderweise argumentierte Innenminister Beuth im Anschluss, die verbotene Demonstration habe unter dem Schutz des Versammlungsgesetzes gestanden und somit polizeilich geschützt werden müssen.³⁹

- Konsequenzen: In der Sitzung des Innenausschusses vom 25.3.2021 verteidigte Beuth die Polizeistrategie aus Kassel: Es sei nicht erkenntlich gewesen, dass sich so viele „Querdenker:innen“ den Auflagen widersetzen und zahlreich anreisen würden. Es zeigt sich, dass antifaschistische Expertise der Informationsarbeit von Sicherheitsbehörden überlegen ist.

Beuth „verwechselte“ in seinen Ausführungen erneut, welche Demonstration verboten worden war. Seiner Einschätzung nach sei die angemeldete Demo in der Innenstadt geschützt worden – de facto wurde aber der verbotene „Querdenken“-Aufzug protegiert. Die einzig angemeldete (Gegen-)Demonstration wurde erst nach diversen Aufforderungen des Anmelders Torsten Felstehausen (DIE LINKE) gegen aggressive „Querdenker:innen“ von der Polizei geschützt. Das Auftreten der Polizei in Kassel ähnelt damit ihrem vergangenen Verhalten in Berlin, Dresden, Leipzig, Frankfurt und Wiesbaden. Der Sturm auf den Bundestag, Auflagenverstöße, Ordnungswidrigkeiten und aggressiv gewaltsames Verhalten von „Querdenker:innen“ wurden toleriert.

Insgesamt führten Unfähigkeit und Überforderung der Polizei zu vermeidbaren Situationen, in denen nicht nur Antifaschist:innen angegriffen, sondern die gesamte Gesellschaft durch rücksichtsloses Verhalten und maskenlose Menschenansammlungen während einer Pandemie gefährdet wurden.⁴⁰

2021 „Teilnahmslosigkeit der Polizei: Faustschlag ignoriert“

- Beschreibung: In dem Video einer Überwachungskamera ist zu sehen, wie ein Sanitäter einem fixierten Mann mit voller Wucht ins Gesicht schlägt, während anwesende Polizeikräfte nicht eingreifen. Im öffentlichen Polizeibericht zum Einsatz wird der Schlag nicht erwähnt. Der fixierte Mann erleidet einen Jochbeinbruch.
- Konsequenzen: Nach Bekanntwerden des Videos aufgrund der Veröffentlichung durch den Geschädigten werden Ermittlungen gegen die Polizeibeamten eingeleitet. Es geht unter anderem um Strafvereitelung im Amt. Außerdem wurden Disziplinarverfahren eingeleitet.

In Reaktion auf das skandalöse Polizeiverhalten verschickte Peter Beuth einen Brief, in dem er eine neue „Fehlerkultur“ anmahnte. Diese scheint in den letzten 22 Jahren unter CDU-Innenministern allerdings abgeschafft worden zu sein.⁴¹

2021 „Ex-Freundin serviert Sicherheitsbehörden mutmaßlichen Rechtsterrorist“

- Beschreibung: Im März 2021 wurden Tim S. sowie dessen Bruder und Vater festgenommen. Sie hatten Waffen und Bombenbautensilien gehortet und ein rassistisches, extrem rechtes Manifest verfasst. Als Bundeswehrsoldat war Tim S. in einer Kaserne stationiert, in der auch KSK-Einheiten ausgebildet wurden. Ausgerechnet hier fanden Ermittler erneut rechtes Propagandamaterial, obwohl das Bundesverteidigungsministerium die „Truppe“ nach diversen Skandalen angeblich von Rechtsradikalen „säubern“ wollte. Insgesamt lassen sich die Festnahmen jedoch nicht als Ermittlungserfolg der Behörden verkaufen: Wieder einmal waren niemandem in der Kaserne oder im Militärischen Abschirmdienst die rechten Umtriebe des Bundeswehrsoldaten Tim S. aufgefallen, sondern dessen Ex-Freundin hatte den Behörden einen Tipp gegeben.
- Konsequenzen: Die Ermittlungen, unter anderem wegen des Verdachts der Volksverhetzung, unerlaubtem Waffen- und Sprengstoffbesitz sowie Vorbereitung einer schweren, staatsgefährdenden Straftat, laufen noch. Es haben diverse Durchsuchungen stattgefunden.⁴²

2021 Rechtes Netzwerk im SEK Frankfurt

- Beschreibung: Im Zuge der Ermittlungen wegen des Besitzes von Abbildungen von Kindesmissbrauch gegen einen Frankfurter Polizisten stieß die Staatsanwaltschaft Mainz auf eine rechte Chatgruppe beim SEK Frankfurt. Gegen 20 Beamt:innen wird unter anderem wegen Volksverhetzung und der Verwendung verfassungswidriger Kennzeichen ermittelt – darunter auch drei Führungskräfte, die zwar selbst keine rechten Inhalte teilten, allerdings auch nicht dagegen einschritten. Gegen sie wird wegen des Verdachts der Strafvereitelung im Amt ermittelt.⁴³ Gegen vier weitere Polizist:innen laufen disziplinarrechtliche Verfahren.⁴⁴ Zum Zeitpunkt des Auffliegens der Chatgruppe hat eine der beschuldigten Beamt:innen mittlerweile den Polizeidienst verlassen, ein weiterer fungiert inzwischen als Ausbilder an der hessischen Polizeiakademie und ein dritter wechselte zum LKA.

Durch diese Enthüllungen erscheint auch der merkwürdige Polizeieinsatz beim Anschlag von Hanau, der vom SEK Frankfurt durchgeführt wurde, in einem neuen Licht (siehe den

Abschnitt zu Hanau in diesem Text).⁴⁵ Auch die Funde von Sniper-Munition im Nordkreuz-Komplex, die ursprünglich aus Frankfurt kommen soll, müssen neu bewertet werden.

- Konsequenz: Bereits einen Tag nach dem Bekanntwerden der Chatgruppe kündigte Innenminister Beuth die Auflösung des SEK Frankfurt an. Dieser Schritt sei nötig geworden, da gegen einen „nennenswerten Teil“ der Mitglieder des Frankfurter SEK ermittelt werde. Das SEK Frankfurt solle nach der Auflösung nun umstrukturiert und neu eingesetzt werden, die betroffenen Beamt:innen dürften nie wieder in den Polizeidienst zurückkehren.⁴⁶ Personelle Konsequenzen ziehen Innenminister Beuth sowie der Frankfurter Polizeipräsident Gerhard Bereswill bisher nicht. DIE LINKE und SPD fordern den Rücktritt des Innenministers und kündigen Fragen zum Einsatz des SEK Frankfurt beim Terroranschlag von Hanau sowie zur Verbindung mit den Munitionsfunden im Nordkreuz-Komplex an.

Zeitlos: „Inhumane Abschiebepolitik“

- Beschreibung: Seit Jahren beweist Peter Beuth einen fehlenden Willen, Geflüchtete aufzunehmen. Während sich diverse Städte zur Aufnahme von Geflüchteten aus Moria bereiterklärten, ignoriert Beuth das Angebot geflissentlich. Gleichzeitig besteht keine in einer Demokratie notwendige Transparenz hinsichtlich der Erlasse des Ministeriums. Selbst NGOs werden nicht über das Vorgehen des Innenministeriums informiert. Dieses Verhalten führt sich bei Abschiebungen fort. Unter Beuth wurde nicht nur das erste Abschiebegefängnis Hessens erreicht – es wurde sogar immer weiter ausgebaut. Und das, obwohl Studien belegen, dass bis zu 50% der Inhaftierten unrechtmäßig einsitzen. Hessen vollzieht aktuell Abschiebungen in Bürgerkriegsländer wie Afghanistan und Somalia und will auch eine verfolgte HDP-Politikerin in die Türkei abschieben, obwohl ihr dort eine rein politische Gefängnisstrafe droht. Betroffen sind auch faktische Inländer:innen; Menschen, deren Familie, Lebensmittelpunkt, Geburtsorte in Deutschland sind. Dass der Innenminister persönlich das Vorgehen vorantreibt, lässt auch seine rassistische Büttenrede vermuten, in der er Asylsuchende pauschal verunglimpft und von der AfD inhaltlich nicht zu unterscheiden ist.⁴⁷

Zeitlos „Umgang mit Rechtsextremisten“

- Beschreibung: Eine Devise des Innenministeriums unter Beuth lautet: „Keine Waffen in die Hände von Extremisten“. Was gut klingt, müsste allerdings auch umgesetzt werden, um Wirkung zu entfalten. Dass es sich hier nur um leere Worte handelt, zeigen beispielhaft die bewaffneten Rechtsradikalen Stephan Ernst, Markus H. und Tobias R. Ähnlich steht es um die Vollstreckung offener Haftbefehle. Das Innenministerium scheint unfähig, auf die Tricks der Rechten, sich der Strafverfolgung zu entziehen, adäquat zu reagieren. 2014 waren 17 verurteilte Neonazis untergetaucht und entzogen sich 22 Haftbefehlen.

Auch bei der Bewertung von Reichsbürger:innen zeigt sich eine merkwürdige Haltung. Diese werden, wie das LfV 2017 schreibt, „nur zum Teil dem Phänomenbereich Rechtsextremismus zugeordnet“. Die Gefahr rechter Strukturen wird hier verkannt und als „Besorgte Bürger“ verharmlost.⁴⁸

¹ <https://www.welt.de/politik/article1537088/Schwere-Rassismus-Vorwuerfe-gegen-Roland-Koch.html>; <https://www.sueddeutsche.de/politik/wahlkampf-in-hessen-beck-wirft-koch-fremdenfeindlichkeit-vor-1.276440>; <https://www.welt.de/politik/article1529427/Zentralrat-der-Juden-wirft-Koch-NPD-Naehe-vor.html>;
<https://tsarchive.wordpress.com/2008/01/30/brief6/>;
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/jugendkriminalitaet-tuerkische-gemeinde-wirft-koch-rassismus-vor-a-527828.html>; <https://taz.de/Stimmung-gegen-Auslaender/!5189191/>

² https://www.thomasfeltes.de/images/Feltes_Plank_11112020.pdf;
<https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/racial-profiling-bei-der-polizei-die-erfahrungen-von-jugendlichen-16886577.html>; <https://www.fr.de/frankfurt/polizei-frankfurt-polizeigewalt-rassismus-debatte-muss-reformen-geben-13822715.html>

³ <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1150426.abschiebungen-im-abholmodus.html>

⁴ https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Broschueren/170906_NSU_Sondervotum.pdf
<https://www.der-rechte-rand.de/archive/3404/drei-jahre-nsu-aufklaerung/>
<https://www.fr.de/rhein-main/landtag-streitet-ueber-nsu-abschlussbericht-10965645.html>
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/aufklaerung-im-nsu-prozess-war-das-erst-der-anfang-15688490.html>
https://www.kj.nomos.de/fileadmin/kj/doc/2015/2015_3/KJ_15_03_Pichl_NSU.pdf
<https://www.nsu-watch.info/2015/09/nsu-watch-hessen-zwischenbilanz/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/01350.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/02507.pdf>

⁵ <https://www.fuldaerzeitung.de/kinzigtal/gelnhausen-landrat-erich-pipa-drohschreiben-polizei-morddrohungen-main-kinzig-kreis-90007463.html>

⁶ <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/mit-blabla-speech-gegen-hate-speech-volker-bouffier-und-tarek-al-wazir-muessen-massnahmen-und-strafv/>
<https://www.fr.de/politik/hessen-rechtsextreme-bedrohen-kommunalpolitiker-zr-12724482.html>

⁷ <https://www.tagesspiegel.de/politik/rechtsextremismus-verdacht-in-hessen-polizist-soll-daten-an-neonazis-weitergegeben-haben/23853168.html>
<https://www.fnp.de/hessen/hessenfrankfurt-weiterer-polizist-unter-rechtsextremismus-verdacht-11124034.html>

⁸ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/hessen-polizist-gab-daten-an-ex-freundin-weiter-geldstrafe-a-1259062.html>

⁹ <https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-polizeianwaerter-verschicken-rechtsextreme-bilder-zr-12954687.html>

¹⁰ <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/hakenkreuzbilder-in-polizei-chats-warum-wurde-dienstgruppenleiter-nicht-suspendiert/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/00459.pdf>

¹¹ https://www.deutschlandfunkkultur.de/lebensschuetzer-protestieren-gegen-pro-familia-danke-mama.976.de.html?dram:article_id=416305

¹² <https://www.linksfraktion-hessen.de/parlament/reden/detail-reden/news/hessisches-gesetz-zum-schutz-der-rechte-von-schwangeren-frauen-bei-schwangerschaftsberatung-und-abb/>
<https://hessischer-landtag.de/sites/default/files/scald/files/INA-AV-20-4-SIA-AV-20-5-T2.pdf>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/00384.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/01206.pdf>

-
- ¹³ <https://www.abgeordnetenwatch.de/hessen/19/abstimmungen/aenderung-landeswahlgesetz>
- ¹⁴ <https://www.hessenschau.de/politik/jetzt-schon-69-rechtsextreme-drohschreiben-mit-nsu-20,innenausschuss-nsu-100.html>
<https://www.tagesspiegel.de/politik/technisch-versiert-rechtsextrem-und-voller-hass-wer-steckt-hinter-nsu-2-0/26058180.html>
<https://www.heise.de/tp/features/NSU-2-0-Ermittlungen-weiter-gegen-Unbekannt-5992392.html>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/nsu-2-0-drohmails-abfragen-an-polizei-computern-viele-morddrohungen-und-null-konsequenzen/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02488.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/03212.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/03308.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/4/03594.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/03187.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/00091.pdf>
- ¹⁵ https://www.zeit.de/politik/2021-05/nsu-2-0-drohbriefe-verfasser-npd-darknet?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
<https://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/nsu-20-der-mutmaeliche-ter-und-sein-politischer-kontext>
- ¹⁶ <https://www.freitag.de/autoren/der-freitag/ein-nazi-kommt-selten-allein>
- ¹⁷ <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/nsu-2-0-weitere-drohschreiben-gegen-seda-basay-yildiz-und-andere-immer-noch-keine-ermittlungsergebnisse/>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/aeusserungen-des-neuen-landespolizeipraesidenten-zu-nsu-2-0-drohschreiben-ergebnisse-statt-mutmassun/>
- ¹⁸ <https://www.zeit.de/zustimmung?url=https%3A%2F%2Fwww.zeit.de%2Fgesellschaft%2Fzeit-eschehen%2F2018-12%2Ffrankfurter-polizei-verdacht-rechtsextremismus-online-nachrichten-hitler-fluechtlinge>
<https://entnazifizierungjetzt.de/november-2017-2020-kirtorf-polizei/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02488.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/00459.pdf>
- ¹⁹ <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/rechtsextreme-chats-mehr-polizisten-angeklagt-als-bisher-bekannt-17215960.html>
<https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/hessen-polizei-chats-101.html>
- ²⁰ <https://www.hessenschau.de/panorama/whistleblower-oder-nestbeschmutzer-polizist-fuehlt-sich-kaltgestellt,polizei-whistleblower-100.html>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/00459.pdf>
- ²¹ <https://www.spiegel.de/panorama/justiz/bischofsheim-polizisten-sollen-sich-in-asservatenkammer-bedient-haben-a-1293495.html>
- ²² <https://www.hessenschau.de/panorama/siebeneinhalb-jahre-haft-fuer-rhein-main-serienbrandstifter,urteil-serienbrandstifter-frankfurt-100.html>
Dokumentationswebsite von Betroffenen: <https://www.rheinmain-doku.org/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/00415.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/03309.pdf>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/biedermaenner-kriminelle-und-terroristen-frankfurter-serienbrandstifter-war-auch-afd-unterstuetzer/>
<https://www.fr.de/rhein-main/frankfurt-rhein-main-kulturzentren-beschuldigter-brandserie-spenden-afd-90031427.html>

-
- ²³ <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/feuer-teufel-in-rhein-main-serienbrandstifter-verurteilt-17136694.html>
- ²⁴ <https://www.belltower.news/umgedrehte-flagge-antisemitisches-statement-einer-polizeiwache-in-hessen-81583/>
- ²⁵ <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/holocaust-gedenktag-kopfueberbeflaggung-vor-einer-polizeistation-war-keine-blosse-geschmacklosigkeit/>
<https://www.fr.de/rhein-main/polizeistation-schleuchtern-staatsanwaltschaft-stellt-ermittlungen-falsch-aufgehaengte-fahnen-11869982.html>
<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/polizei-sieht-kein-politisches-motiv-in-der-flaggen-affaere-von-schleuchtern,flagge-kopfueber-100.html>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/00459.pdf>
- ²⁶ <https://www.fr.de/eintracht-frankfurt/eintracht-frankfurt-sge-peter-beuth-clinch-sge-fans-zr-13181854.html>
<https://taz.de/Pyrotechnik-im-Fussballstadion/!5577093/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/00476.pdf>
- ²⁷ https://www.faszination-fankurve.de/index.php?head=Fan-ueber-Bande-geschubst-Hohe-Geldauflagen-fuer-Polizisten&folder=sites&site=news_detail&news_id=22699
<https://www.youtube.com/watch?v=CuQy4Dwillg>
https://www.kostenlose-urteile.de/LG-Frankfurt-am-Main_2-04-O-28919_Fan-von-Eintracht-Frankfurt-erhaelt-Schadensersatz-nach-Polizeieinsatz.news28475.htm
- ²⁸ <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/der-mord-an-walter-luebcke—eine-chronik,mordfall-luebcke-chronik-100.html>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/untersuchungsausschuss-zum-mord-an-dr-walter-luebcke-warum-haben-behoerden-im-kampf-gegen-rechtsterr/>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/mutmassliche-luebcke-moerder-und-das-maerchen-von-abgekuehlten-rechtsextremisten-waffen-sprengstoff/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/00850.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/5/00855.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/00928.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/01571.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/3/02143.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/02976.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/03080.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/01350.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02608.pdf>
- ²⁹ <https://www.sueddeutsche.de/politik/walter-luebcke-untersuchungsausschuss-hessischer-landtag-stefan-ernst-1.5252853>
<https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/hessen-untersuchungsausschuss-zum-mord-an-walter-luebcke-nimmt-arbeit-auf-17270865.html>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/prozess-gegen-stephan-ernst-solidaritaet-mit-ahmed-i-und-mit-betroffenen-rassistischer-gewalt/>
- ³⁰ <https://www.hessenschau.de/panorama/nach-gewaltvideos-disziplinarverfahren-gegen-drei-frankfurter-polizisten-ingeleitet,frankfurt-polizeigewalt-102.html>
<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-polizei-gewalt-video-tritte-ruecken-twitter-instagram-zr-90024818.html>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/6/03466.pdf>
- ³¹ <https://www1.wdr.de/daserste/monitor/videos/video-ein-jahr-nach-dem-attentat-von-hanau-toedliche-versaeumnisse-100.html>

<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemittelungen/news/die-linke-reicht-berichts-antrag-ein-innenminister-muss-zu-drei-themenkomplexen-im-kontext-des-terror/>

<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemittelungen/news/hinterbliebene-des-terrors-von-hanau-schwere-vorwuerfe-an-den-innenminister-und-an-landesbehoerden-s/>

³² Initiativen aus Hanau: <https://19feb-hanau.org/> - <https://www.bildungsinitiative-ferhatunvar.de/>

<https://www.fr.de/rhein-main/main-kinzig-kreis/hanau-ort66348/hanau-land-hessen-polizei-justiz-terror-anschlag-rassismus-rechtsextremismus-klage-gericht-90260240.html>

<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemittelungen/news/rassistische-morde-vom-19-februar-zugesagte-hilfen-erreichen-die-hanauer-angehoerigen-der-opfer-offe/>

<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemittelungen/news/opfer-und-hinterbliebene-des-terrors-von-hanau-erwaegen-klage-gegen-das-land-hessen-untersuchungsaus/>

Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/04961.pdf> -

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02708.pdf> -

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/02700.pdf> -

<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/05338.pdf>

³³ <https://www.fr.de/politik/dannenroeder-forst-wald-a49-ausbau-autobahn-camp-polizei-polizeigewalt-gewalt-aktivist-danni-klima-krankenhaus-90154605.html>

<https://www.egofm.de/blog/freizeit/was-im-dannenroeder-forst-passiert>

<https://www.heise.de/tp/news/Dannenroeder-Wald-Gefahrlicher-Polizeieinsatz-4967818.html>

³⁴ <https://www.hessenschau.de/panorama/a49-gegner-sollen-fuer-einsaetze-im-dannenroeder-forst-zahlen,kosten-dannenroeder-forst-100.html>

³⁵ <https://taz.de/Raemung-im-Dannenroeder-Forst/!5730858/>

<https://www.rnd.de/panorama/dannenroeder-forst-ermittlungen-gegen-thuringer-polizisten-W37YBZBBKJOGO4HL3XMVYQ5ZOI.html>

³⁶ <https://entnazifizierungjetzt.de/die-nazi-verstrickungen-der-asgaard-german-security-group-und-ihrer-netzwerke/>

<https://www.martinarenner.de/nc/uebersicht/aktuelles/detail/news/polizist-soll-mehr-als-100-waffen-entwendet-haben-opposition-uebt-scharfe-kritik/>

<https://rkowl.blackblogs.org/wp-content/uploads/sites/1146/2020/10/TheBoys-Uniter-Recherche-Ver%C3%B6ffentlichung.pdf>

<https://www.fr.de/frankfurt/frankfurt-polizist-rechtsextremismus-zweifelhaften-rechtsverstaendnis-asgaard-beuth-kriminalpolizei-90047690.html>

³⁷ <https://www.fnp.de/frankfurt/polizist-soll-mehr-als-100-waffen-entwendet-haben-90254463.html>

Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/9/00459.pdf>

³⁸ <https://www.hessenschau.de/gesellschaft/auslaender-als-problem-online-umfrage-in-der-kritik,fragebogen-floersheim-100.html>

<https://www.fr.de/rhein-main/main-taunus-kreis/hofheim-ort74520/erneut-rassismus-bei-kompass-umfrage-90240357.html>

Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/7/03037.pdf>

³⁹ <https://www.fr.de/politik/corona-demos-kassel-kritik-an-polizei-quedenker-leugner-90255204.html>

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article228791899/Querdenker-Demo-in-Kassel-Menschlicher-Anstand-nicht-vorhanden.html>

https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2021/03/21/querdenken-gegen-den-staat-30700?wt_ref=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F&wt_time=1617975403125

-
- ⁴⁰ <https://www.hessenschau.de/politik/querdenker-demo-einsatz-in-fluechtlingsheiminnenminister-beuth-wegen-polizei-krisenherden-unter-druck,beuth-kritisiert-polizeigeschlagener-fluechtling-100.html>
<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/hessens-polizei-hatte-sich-verschaetzt-90261922.html>
<https://www.belltower.news/kommentar-zur-demonstration-in-kassel-warum-schuetzt-der-staat-nicht-die-demokratie-vor-querdenkerinnen-113561/>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/2/05382.pdf>
- ⁴¹ <https://www.hessenschau.de/politik/querdenker-demo-einsatz-in-fluechtlingsheiminnenminister-beuth-wegen-polizei-krisenherden-unter-druck,beuth-kritisiert-polizeigeschlagener-fluechtling-100.html>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/05340.pdf>
- ⁴² <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/waffenfund-in-hessen-ermittler-finden-rechtsextremes-manifest-bei-soldaten-a-d2d783fa-7c9b-4a68-96ea-ce85472b26f0>
<https://www.fnp.de/lokales/hochtaunus/hessen-bundeswehrsoldat-festgenommen-waffenrechtsextremismus-anschlag-ermittlungen-hochtaunus-frankfurt-news-zr-90223438.html>
<https://www.hessenschau.de/panorama/waffen-und-munition-bei-bundeswehrsoldat-gefunden,bundeswehrsoldat-festgenommen-100.html>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/erneut-hessische-bundeswehrangehoerige-unter-neonazi-und-terrorverdacht-aufgeflogen-nur-wegen-eines/>
- ⁴³ <https://www.hessenschau.de/politik/reaktionen-auf-neuen-polizei-skandal-dieser-fall-sprengt-alle-dimensionen,reaktionen-rechte-chats-polizei-100.html>
- ⁴⁴ <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/weitere-hessische-polizisten-im-sek-skandal-verdaechtig-17384173.html>
- ⁴⁵ <https://19feb-hanau.org/2021/06/11/pressemitteilung-zusaetzliche-fragen-zum-sek-einsatz-in-der-tatnacht/>
- ⁴⁶ <https://www.hessenschau.de/politik/polizei-skandal-innenminister-beuth-loest-sek-frankfurt-auf,beuth-sek-chatgruppen-100.html>
- ⁴⁷ <https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/fuer-eine-humane-fluechtlingspolitik-abschiebestopp-nach-syrien-nicht-aufweichen/>
<https://www.linksfraktion-hessen.de/presse/mitteilungen/detail-pressemitteilungen/news/abschiebung-in-die-fremde-hessen-will-mehrere-faktische-inlaender-abschieben/>
- (2017) <https://www.fr.de/rhein-main/hunderte-abschiebungen-hessen-11027593.html>
- (2019) <https://www.fr.de/rhein-main/hessen-linke-greift-klose-12228117.html>
<https://www.hessenschau.de/gesellschaft/immer-im-ausnahmestand-aufgewachsen-in-deutschland-von-abschiebung-bedroht,kritik-an-abschiebungen-integration-100.html>
<https://www.fr.de/rhein-main/landespolitik/linke-kritisiert-inhumane-abschiebung-in-hessen-90274399.html>
https://www.youtube.com/watch?v=Cj4o9_XGt2M
- Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/PLPR//20/7/00007.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/1/00211.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/0/01480.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/PLPR//20/6/00066.pdf>
- ⁴⁸ <https://www.welt.de/regionales/hessen/article197442109/Peter-Beuth-Extremisten-duerfen-legal-keine-Waffen-besitzen.html>
<https://www.fr.de/politik/anschlag-in-hanau-waffenkontrolle-nur-auf-dem-papier-90217394.html>
Parlamentarisches: <http://starweb.hessen.de/cache/DRS/20/8/02608.pdf> -
<http://starweb.hessen.de/cache/PLPR//20/2/00022.pdf>